

**Kleine Anfragen  
für die Fragestunde**

Hannover, den 17.01.2018

Mitglieder des Landtages

**Kleine Anfragen für die Fragestunde****1. Start-up-Förderung in Niedersachsen**

Abgeordnete Mareike Wulf (CDU)

**Vorbemerkung der Abgeordneten**

In einer Pressemitteilung vom 10. Januar 2018 berichtet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung über die Gründung branchenspezifischer Start-up-Zentren in Hannover und Hildesheim. Hierdurch sollen die regionale Gründerszene gestärkt und technologieorientierte Gründer unterstützt werden. Darüber hinaus sieht die Strategie des Landes für den Start-up-Standort Niedersachsen Mittel für die Gründungsphase in Höhe von 4 Millionen Euro im Rahmen des Beteiligungsfonds „NSeed“ vor.

- 1. Welche Aktivitäten hat die Landesregierung seit Amtsantritt in Sachen Start-up-Förderung ergriffen?**
- 2. Welche Chancen ergeben sich durch die Start-up-Förderung für den Mittelstand in Niedersachsen?**
- 3. Welche neuen Instrumente zur Stärkung des Gründungsstandortes Niedersachsen strebt die Landesregierung an?**

**2. Reform der Grundsteuer**

Abgeordneter Stefan Wenzel (GRÜNE)

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Der Bundesrat hat am 4. November 2016 die Einbringung von Gesetzentwürfen zur Reform der Grundsteuer in den Bundestag beschlossen. „Die große Mehrheit der Länder hat die dringende Notwendigkeit einer Grundsteuerreform erkannt. Mit dem heutigen Beschluss zur Einbringung der von Niedersachsen und Hessen vorgelegten Gesetzentwürfe kommen wir dem Ziel einer verfassungsfesten und gerechten Neugestaltung der Grundsteuer einen gewichtigen Schritt näher“, erklärten die Finanzminister von Niedersachsen und Hessen am Tag der Bundesratssitzung. Die Reform der Grundsteuer sei zwingend geboten, da es ernste verfassungsrechtliche Zweifel an der gegenwärtigen Rechtslage gebe und bereits mehrere Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig seien, so die Minister.

Rund 13 Milliarden Euro Einnahmen bringt die Grundsteuer den Kommunen jährlich. Die Länder Niedersachsen und Hessen hatten im September 2016 die Gesetzentwürfe für eine Grundsteuerreform dem Bundesrat vorgestellt. Hintergrund ist die geltende Grundstücksbewertung auf Grundlage jahrzehntealter Wertverhältnisse - 1964 im Westen und 1935 im Osten -, die über die Jahre zu erheblichen Wertverzerrungen geführt hat und nach Ansicht des Bundesfinanzhofes dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes widerspricht.

- 1. Unterstützt die neue Landesregierung die Gesetzentwürfe von Niedersachsen und Hessen zur Reform der Grundsteuer und den Beschluss des Bundesrates vom 4. November 2016?**
- 2. Wie ist der aktuelle Stand der Beratung im Bundestag und im Bundesrat?**

### 32. Wie unterstützt die Landesregierung von Schutzgebietsausweisungen betroffene Naturnutzer?

Abgeordnete Hillgriet Eilers, Horst Kortlang, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

#### Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Walsroder Zeitung* berichtete am 15. Januar 2018 über eine Gesprächsrunde zur Schutzgebietsausweisung im Aller-Leine-Tal (Landkreis Heidekreis), die der Landtagsabgeordnete Sebastian Zinke initiiert habe. Dabei hätten Vertreter aus Landkreisverwaltung, Kreistag, Politik, Landwirtschaft sowie aus Angler-, Jagd-, Naturschutz- und Deichverbänden miteinander diskutiert. Ebenfalls an dem Treffen teilgenommen habe Umweltminister Lies. Anlass des Gesprächs sei der Koalitionsvertrag von SPD und CDU auf Landesebene, der vorsehe, dass sich die Landesregierung noch einmal mit der genauen Ausgestaltung von Schutzgebietsausweisungen beschäftige. Vertreter der Landwirtschaft und der Jagd- sowie Anglerverbände hätten gefordert, zu schützende Gebiete mithilfe von Vertragsnaturschutz statt mithilfe von Schutzgebietsausweisungen zu sichern oder auf Landesebene eine „schlanke Grundschutzverordnung“ einzuführen. Umweltminister Lies „machte aber deutlich, dass eine derartige Sicherung auf EU-Ebene ‚nicht rechtssicher‘ sei.“ „Auch eine Grundschutzverordnung durch die obere Naturschutzbehörde des Landes lehnte er ab“, heißt es in dem Bericht weiter. Laut Lies gebe es keine Alternativen zu Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten. Bis Jahresende müssten der EU alle Schutzgebiete nach der FFH-Richtlinie gemeldet werden. Gelingt dies nicht, drohten „Hunderte Millionen Euro an Strafzahlungen.“ Darüber hinaus sei nicht geplant, die Zahlung eines Erschwerenausgleichs auf Landschaftsschutzgebiete auszuweiten.

1. **Wie wird die Landesregierung die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag erfüllen, dass der Sicherungserlass geprüft und überarbeitet wird?**
2. **Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Landesregierung vor dem Hintergrund der Vorgaben des § 32 Abs. 2 bis 4 des Bundesnaturschutzgesetzes gegen eine zumindest temporäre Grundschutzverordnung?**
3. **Wie will die Landesregierung vor dem Hintergrund der Feststellung mehrerer Landkreise, dieses Ziel sei nicht mehr zu erreichen, sicherstellen, dass die Unterschutzstellungen durch die Landkreise bis zum 31. Dezember 2018 abgeschlossen sind?**

### 33. Welche Änderungen plant die Landesregierung bei den Spielhallen?

Abgeordnete Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode und Björn Försterling (FDP)

#### Vorbemerkung der Abgeordneten

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU steht unter Punkt 20 „Glücksspiel“: „Wir werden die Regelungen des niedersächsischen Glücksspielrechts mit den kommunalen Spitzenverbänden überprüfen. Hierbei sind vor allem die Härtefallregelungen zu den Abständen zwischen den Spielhallen sowie Kriterien für eine stärkere Suchtprävention und einen besseren Spielerschutz von besonderer Bedeutung.“ In der Antwort zu einer Kleinen Anfrage für die Fragestunde zum gleichen Thema (Drucksache 18/75) führt die Landesregierung aus, dass sie beabsichtige, mit den kommunalen Spitzenverbänden hierzu ein Gespräch zu führen. Dieses Gespräch soll am 16. Januar 2018 stattfinden.

1. **Welches Ergebnis hat das Gespräch mit den Kommunalen Spitzenverbänden am 16. Januar 2018 ergeben?**
2. **Sind weitere Gespräche gegebenenfalls mit anderen Betroffenen geplant, wenn ja, mit wem und wann?**
3. **Plant die Landesregierung eine Novelle des Glücksspielgesetzes?**